

Breitband

Gemeinsam für schnellen Netzausbau

[09.06.2026] Bund, Länder, Kommunen und Telekommunikationsbranche wollen den Ausbau von Glasfaser- und Mobilfunknetzen verbindlicher steuern. Das Memorandum setzt auf messbare Kenngrößen und einen fortgesetzten Stakeholderdialog. Der BREKO sieht dennoch weiteren Regulierungsbedarf.

Der Ausbau von Glasfaser- und Mobilfunknetzen soll beschleunigt, besser koordiniert und mit messbaren Zielen transparenter gesteuert werden. Darauf haben sich Bund, Länder, Kommunen und die Telekommunikationsbranche im Stakeholderdialog zu digitalen Infrastrukturen verständigt. Bundesminister Karsten Wildberger unterzeichnete am gestrigen Montag (8. Juni 2026) gemeinsam mit den zuständigen Spitzenvertretern von Ländern, Kommunen sowie Branchenverbänden und Telekommunikationsunternehmen das Memorandum of Understanding (MoU) [„Bestes Netz für Deutschland“](#).

Milliardeninvestitionen und messbare Kenngrößen

Wie das [Bundesministerium für Digitales und Staatsmodernisierung](#) (BMDS) mitteilt, plant die Telekommunikationsbranche, allein in diesem Jahr rund 8,5 Milliarden Euro in Glasfaser- und rund 2,4 Milliarden Euro in Mobilfunknetze zu investieren. Damit sollen 2026 rund 5,6 Millionen Glasfaseranschlüsse für die Bürgerinnen und Bürger Deutschlands bereitgestellt werden können (homes passed), davon rund 3,1 Millionen direkt nutzbar (homes connected). Auch für 2027 und 2028 sind Milliardeninvestitionen vorgesehen. Mit dem Memorandum of Understanding wird der Stakeholderdialog zum Ausbau von Glasfaser- und Mobilfunknetzen fortgesetzt und stärker auf gemeinsame Steuerung ausgerichtet. Bund, Länder, Kommunen, Telekommunikationsbranche und Bundesnetzagentur wollen Hemmnisse im Ausbauprozess – etwa anhand von Kenngrößen wie Ausbaufortschritt, die Dauer von Genehmigungsverfahren, die Höhe der Investitionen und die Nutzung digitaler Verfahren – regelmäßig auswerten und gemeinsam Lösungen entwickeln.

BREKO warnt vor offenen Regulierungsfragen

Der [Bundesverband Breitbandkommunikation](#) (BREKO) begrüßt die Vereinbarung als Grundlage für die weitere Zusammenarbeit von Branche, Politik und Verwaltung, sieht aber zentrale Fragen weiter offen. Vom angekündigten Stakeholderdialog erhoffe sich der Verband vor allem den Abbau bürokratischer Hürden und eine Stärkung marktgetriebener Open-Access-Kooperationen im Glasfaserausbau, sagte BREKO-Vizepräsident Karsten Kluge. Diese Kooperationen könnten aus BREKO-Sicht dazu beitragen, den volkswirtschaftlich unsinnigen Doppelausbau zurückzudrängen. Zugleich fordert der Verband politische Weichenstellungen, die nicht im Konsens aller Akteure beschlossen werden könnten. Dazu zählt BREKO einen zügigen, regelgebundenen Übergang von Kupfer- auf Glasfasernetze im Rahmen des Digital Networks Act. Außerdem dürfe die geplante Novelle des Telekommunikationsgesetzes keine zusätzliche Regulierung für glasfaserausbauende Wettbewerber der Telekom bringen. Andernfalls könnten die Investitionen in den Glasfaserausbau ab 2027 deutlich einbrechen.

(sib)

Stichwörter: Breitband, BMDS, BREKO, Politik